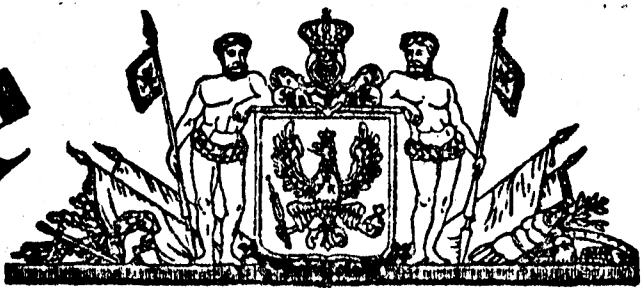


Vossische Zeitung



Zeitung

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Die Vossische Zeitung erscheint zweimal täglich (morgens und abends), an Sonn- und Festtagen nur einmal. Jeden Sonntag die illustrierte Beilage „Zeitbilder“.

Bezug: In Groß-Berlin monatlich 8 Mark bei tägl. zweimaliger Zustellung. Durch die Post monatlich 2,80 M. oder viertelj. 8,40 M. ohne Bestellgebühr.

Im Verlage von Ullstein & Co. Verantwortl. für die Redaktion (mit Ausnahme des Handelsteils): H. Bachmann in Berlin

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Fernsprech-Zentrale: Ullstein & Co., Moritzplatz 11806, 11801, 11802 bis 11850, sowie 15 280, 15 281, 15 282 bis 15 291

Der Tag der Entscheidung.

Wels über den 23. Dezember.

Der Stadtkommandant Wels gibt uns folgende Beschreibung der Vorgänge am 23. Dezember:

Am 21. Dezember ging mir von der Reichskanzlei der Auftrag zu, den Matrosen 80 000 Mark auszuzahlen, jedoch erst nach Räumung des Schlosses und Übergabe sämtlicher Schlüssel, ebenso die Anweisung, daß nach dem 1. Januar nur für 600 Matrosen Wohnung bezahlet werden sollte.

Ich bemühte mich, mit der Marinestation in Verbindung zu kommen. Mein Adjutant, Leutnant Fischer, teilte mir am Sonntag, den 22., vormittags, mit, daß er die Matrosen um 11 Uhr zum Zwecke der Rücksprache bestellt hätte und sie erwartete. Die Matrosen erschienen jedoch bis abends 6 Uhr nicht, bis zu welcher Zeit ich dort anwesend war, und auch später nicht.

Am 23., nachmittags, rief der B.-D. Barth telefonisch bei mir an und teilte mir mit, daß die Matrosen bei ihm wären und die Schlüssel übergeben hätten. Ich erklärte, der Volksbeauftragte für militärische Angelegenheiten sei Ebert. Ich bitte ihn, mit den Matrosen und den Schlüssel zu Ebert zu gehen. Wenn Ebert mir den Auftrag gäbe, würde ich das Geld auszahlen. Ich nahm an, daß Barth sich nun mit Ebert in Verbindung setzen würde und wartete auf Anweisung.

Indessen war einige Zeit verstrichen, und ich erhielt von der Reichskanzlei die Mitteilung, daß die Matrosen die Telephonzentrale besetzt hielten und auf Anweisung des Herrn Dorenbach niemand in das Haus aus oder eingehen dürfe. Ich beorderte Truppen zur Reichskanzlei, eilte zur Kommandantur zurück, um die Truppen in der Wilhelmstraße selbst zu beaufsichtigen, wollte ich die Kommandantur verlassen, woran ich von den Matrosen dadurch gehindert wurde, daß sie mich auf der Straße um Verhandlungen ersuchten. Meine erste Frage an Dorenbach war, wie er dazu gekommen sei, die Reichsregierung gefangen zu setzen. Er wies mich auf die Reichskanzlei an. Ich fragte ihn, wo die Schlüssel wären, und sie Ebert übergeben wären oder ob Barth sie noch im Besitz habe. Er erklärte, sie seien zur Zeit wieder im Schloß. Ich erklärte ihm darauf, daß unter diesen Umständen die Zahlung der 80 000 Mark für mich nicht möglich wäre, wenn ich mich nicht dem direkten Befehl der Reichsregierung entgegenstellen wollte.

Die Matrosen hatten in immer stärkerer Maße Eingang in das Haus gefunden. Durch ein Fenster im Parktergeschoss der Kommandantur erstiegen Matrosen mit einem leichten Maschinengewehr auf dem Rücken die Kommandantur. Die Matrosen und Gefolge, die zur Bewachung kommandiert waren, waren nicht in der Lage, irgend etwas zu tun, da sie sonst nicht für das Leben des Leutnants Fischer, Dr. Bongard und des meinen einstehen könnten. Man bedrohte uns in immer stärkerer Maße, wenn wir nicht sofort die 80 000 M. herausgäben, sowie die schriftliche Erklärung abgaben, daß die Volksmarineteilung als dauernd in Berlin stehender Truppenteil anerkannt würden. Die gleiche Erklärung gab ich nicht ab. Die 80 000 Mark aber habe ich so dann ausgezahlt, weil ich hoffte, die Matrosen dadurch zum Abzug zu bewegen. Das war jedoch irrig. Im Gegenteil tobten sie immer stärker und schließlich führten sie uns umringt aus dem Hause.

In einem Verfluch und teilte mir mit, daß ich mit meinem Leben abzuschließen hätte. Einen der Leiter des Sicherheitsdienstes, Herrn Reich, habe ich persönlich erkannt. In der ganzen Aktion nahmen neben Matrosen zahlreiche Sicherheitsmannschaften des Polizeipräsidiums teil.

Die Regierungskrise.

Welche Lösung die Regierungskrise in der heutigen gemeinsamen Sitzung des Zentralrats und der Volksbeauftragten finden wird, läßt sich noch nicht vorhersehen. Die Forderungen, die die Mehrheitsmitglieder der Regierung zu stellen beabsichtigen, wenn sie weiter im Amte bleiben sollen, gipfeln in der Sicherstellung einer unbedingt zuverlässigen militärischen Macht. Die Notwendigkeit einer solchen ist schon in der Darstellung der Volksbeauftragten über die Vorgänge am Montag und Dienstag angedeutet worden und wird auch im Leitartikel des „Vorwärts“ von gestern abend nochmals unterstrichen. Die mehrheitssozialistischen Mitglieder der Regierung scheinen nun zu hoffen, daß ihr Standpunkt die Billigung des Zentralrats finden wird. Damit erklärt es sich auch, daß der „Vorwärts“ gestern abend das Vorhandensein einer Regierungskrise bestritt.

Wang zutreffend ist dieses Dementi keinesfalls; denn wenn die Mehrheitssozialisten auf Grund der Bewilligung ihrer militärischen Forderungen im Amte bleiben, so wird es um so fraglicher, ob die drei unabhängigen Volksbeauftragten förmlich oder auch nur teilweise im Amte bleiben. Die Unabhängigen waren bisher für vollkommene Demobilitierung. Die Polemik der beiderseitigen Parteigruppen läßt auch keineswegs auf das Vorhandensein eines besonders versöhnlichen Weges schließen. Der „Vorwärts“ führt die schließliche Krise, die ja eigentlich schon seit dem 9. November bestände, auf die „schiefe, hinhaltende und doppelstellige Politik der Unabhängigen“ zurück. Das Organ der Unabhängigen andererseits nennt den Bericht der sozialdemokratischen Volksbeauftragten ein „Schuldkenntnis“ und erklärt, die weitere Zusammenarbeit der beiden sozialistischen Parteien sei in Frage gestellt. „Deckt der Zentralrat die Mitglieder der Regierung, deren Verhalten zu dem Blutbad geführt hat, deckt er eine Politik, die in ihren Konsequenzen der sozialistischen Sache schädlich ist, so werden wir unsere Pflicht außerhalb der Regierung erfüllen.“

Inzwischen treffen die Mehrheitssozialisten Beckins Anhalt, um für alle Fälle zu betonen, daß sie die Mehrheit der Bevölkerung auch in Berlin hinter sich haben. Der „Vorwärts“ ruft zu Massenkundgebungen am Sonntag auf „gegen die Blutdiktatur des Spartakus-Bundes“, und er begleitet diesen Aufruf durch Darlegungen im Leitartikel, die in der Erklärung gipfeln, „daß wir jede Minute bereit sein müssen, für unsere Genossen in der Regierung und damit für die Sache der Sozialdemokratie bis zum allerletzten einzustehen“. Da gleichzeitig für Sonntag die Befreiung der gefallenen Matrosen angesetzt ist, so ist jedenfalls morgen ein kritischer Tag zu verzeichnen.

Der Aufruf zu den Sonntags-Demonstrationen wendet sich an die „ganze Berliner Bevölkerung“. Er lautet:

Die Vorgänge der letzten Tage haben die Erregung der Berliner Bevölkerung gegen das terroristische Treiben der Spartakusgruppe zur Siebtheit gesteigert. Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands hatte bereits für den heutigen Freitag eine Demonstration geplant, aber wegen der Feiertage konnten die Vorbereitungen nicht so umfassend getroffen werden, daß mit Sicherheit die ganze Berliner Bevölkerung von dem Vorhaben benachrichtigt worden wäre. Der Wille der wirklichen Massen muß aber so rasch wie möglich zum Ausdruck kommen! Wer nicht will, daß mehr als 90 Proz. der Bevölkerung durch kleine bewaffnete Truppen terrorisiert werden, wer Gewaltstreiche, wie die Festsetzung der Regierung durch eine Schar bewaffneter oder von Haus des „Vorwärts“ durch irgendwelche Hausen verabscheut, wer will, daß endlich das Blutvergießen in den Straßen Berlins aufhöre und Ruhe und Ordnung einkehren, wer Berlin vor einer Besetzung durch die Entente bewahren will, der halte sich bereit, mit uns zu demonstrieren. Die Welt soll und muß erfahren, wo die Berliner wirkliche Bevölkerung steht. Jedem, dem gehört am Sonntag in die Reihen der Demonstranten gegen die Blutdiktatur des Spartakusbundes!

Deutschösterreichs Wiederaufbau

Von Karl Lohm, Bezirksrator der „Vossischen Zeitung“, \* Wien, im Dezember.

Deutsch-Österreich hat seine Krone abgelegt, ist eine sozialistisch-demokratische Republik geworden; aber es hat noch seine Kronenwährung, und die ist heruntergekommen wie die ganze kapitalistisch-reaktionäre Finanzwirtschaft des alten Österreich. Ist das neue Staatswesen allein für sich lebensfähig? Wird es sich retten können, wird es dem großen Deutschland, zu dem es hingehört will, nicht nur keine Last sein, sondern ein freudig und stolz begrüßtes, entwicklungsstarkes Glied werden? Die Lage ist ernst, die Aussichten sind nicht rosig. Aber während die Ängstlichen, den unglücklichen Bankrott des deutschen Torso voraussetzend, als noch im Wiener Riesenparlament die tschechischen, polnischen, slowakischen, rumänischen und italienischen Abgeordneten mit samt den ungarischen Delegierten durcheinander liefen, haben sie jetzt eingelenkt, die deutsche Lähmung mitten unter den Ruinen der habsburgischen Hinterlassenschaft aufzuräumen beginnt. Der deutsch-österreichische Zusammenbruch ist schon nicht mehr so sicher, weder finanziell, noch wirtschaftlich und politisch.

Da sitzen der Sozialdemokrat Seid, den sie gern den „Diktator“ nennen und der mit dem beiden anderen provisorischen Präsidenten der Nationalversammlung und Republik, den Bürgerlichen Dinghofer und Hauser, ein im ganzen strammes Regiment führt; da ist der sozialdemokratische Kanzler Kerner, der als gewesener I. I. Bibliothekar Wahlgelände und andere Vorlagen, höchst modern, bei aller Ordnung umfänglich, nur so aus dem Kermel schüttelt, und da sitzen der Demokrat Steinwender als Finanzoperateur und der Sozialdemokrat Bauer, der Exekutor des deutschen Testamentes Viktor Adlers, als Leiter des Auswärtigen.

Die Wiener Regierung arbeitet nicht antikapitalistisch-kommunistisch und doch schon etwas mehr als kapitalistisch-demokratisch. Sie scheint eine ganz gute Mischung von sozialistisch-demokratischem Regierungssystem gefunden zu haben.

Nach dem äußeren Kredit zu urteilen, den Deutsch-Österreich gegenwärtig genießt, sieht man draußen freilich noch kein großes Vertrauen in seine Zukunft. Dieser Kredit, die Kronenwährung, wird nach den Volkswirtschaftlern gegen die Friedenspolitik im deutschen Mutterlande bewahrt nur auf die Hälfte, auf dem neutralen Geldmarkt gar nur auf ein Drittel eingeschätzt. Der Schwelmer bewirkt knapp 80 Continents für die Krone. Indessen ist nicht zu übersehen, daß dieser Wiederbruch dem Kredit des ganzen früheren Österreich-Ungarn ergoht und daß Tschechen, Slowaken, Galizier und Ungarn gleichermäÙen von der Abschichtung ihres Zahlungsvormögens betroffen werden.

Tschechen und Madjaren hatten sich in den vier Kriegsjahren für ihre Vorkriegsergebnisse von den Deutsch-Österreichern Milliarden ausbezahlt lassen. Sie schwammen im Gede. Weil aber die gemeinsame Notenspresse für alle druckte, und mit Hochdruck — bis heute 52 Milliarden Kronen! —, weil dieselbe Krone = Krone in Wien, Prag und Budapest Geltung hatte, lebten jetzt besonders diejenigen unter der Entwertung, welche die höchsten Blinde davon aufgestapelt hatten. Die Tschechen behaupten, daß der Banknotenumlauf in tschecho-slowakischen Gebieten allein zehn Milliarden Kronen beträgt. Würde aus Deutsch-Österreich viel am Boden herausgehoben, dann könnte man jetzt Wien ausbauen. Aber dort ist nichts. Auch wurden die böhmischen Banken gesplittert mit Kriegsanleihe. Versuche sind gemacht worden, die Anleihepapiere weit unter dem offiziellen Kurs den Wienern zugute zu kommen. Das entsprach mehr nationalistischen Umwandlungen als kluger Ueberlegung. Denn schließlich hatte man dafür den vollen Ausschreibebetrag angelegt. Obendrein erklärte der tschecho-slowakische Nationalrat, ebenso sehr aus Unverständnis wie aus Verunsicherungen, daß der tschechische Staat seinen Anteil am des Gesamtsumme des früheren Reiches übernehmen werde. Hochschon kam eine Friedenskonferenz die Wähler der alten Monarchie auch gar nicht von der gemeinsamen Schuld entlasten.

Die deutsch-österreichische Regierung tut sehr gut daran, als sie jetzt ihren Willen zeigt, nicht länger für die gemeinsame Rechnung aufzukommen, und als sie die Zahlungen für die vom I. u. I. Kriegsministerium noch geschuldeten Beträge einstellte, damit die als Liquidierungskommission auftretenden Kommissare der slowakischen Nationen in Wien sich etwas mehr mit der Quotenfeststellung beäÙen. Da sind noch rund eine Milliarde, mindestens sechshundert Millionen Kronen für Speereslieferungen zu begleichen! Hätte Deutsch-Österreich abermals die Sorge für die Unterwahrung und Fährbarkeit in allen Teilen des früheren Reiches übernehmen sollen? Nur die auf seinem eigenen Boden befindlichen Werke, davon zusammen etwa hundertvierzig Millionen Kronen geschuldet werden, sollen Borschüsse bis drei Viertel der Betragshöhe erhalten, damit den Arbeitern weiter die Löhne gezahlt werden können.